



Stellungnahme des Zentrums für Qualitätssicherung und -entwicklung (ZQ)

Reakkreditierung der Bachelor- und Masterstudiengänge

Politikwissenschaft B.A. (Kern- und Beifach)

Empirische Demokratieforschung M.A.

Politische Ökonomie und Internationale Beziehungen M.A.

Sozialkunde B.Ed.

Sozialkunde M.Ed.

01.12.2023

1 Vorbemerkungen

An der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) ist die interne Reakkreditierung von Studiengängen¹ an eine Überprüfung der Qualität des Studiengangs auf den Ebenen der Ziele, Strukturen, Prozesse und Ergebnisse durch das Zentrum für Qualitätssicherung und -entwicklung gebunden. Die Bewertung der Qualität eines Studiengangs erfolgt dabei unter Berücksichtigung der bundesweit und landesspezifisch gültigen Bestimmungen zur Akkreditierung² sowie auf Basis einer Prüfung der „Internen Kriterien der Akkreditierung und Reakkreditierung von Studiengängen an der JGU“, wie sie seitens des Gutenberg Lehrkollegs (GLK) formuliert und vom Senat der JGU verabschiedet wurden.

Der Fokus der Betrachtung liegt auf

- den Veränderungen, die seit der letzten Reakkreditierung an den Studienprogrammen vorgenommen wurden,
- den Ergebnissen der studienbegleitenden Qualitätssicherung³,
- der Frage, in welchen Kontexten im Fach (Gremien etc.) die Ergebnisse der Qualitätssicherung bisher diskutiert und ggf. bereits in konkrete Maßnahmen umgesetzt wurden,
- den im Rahmen der letzten Reakkreditierung ausgesprochenen Empfehlungen und deren Umsetzung.

Die im Rahmen der Reakkreditierung eines Studiengangs standardmäßig betrachteten und in den Evaluationsgesprächen thematisierten inhaltlichen Dimensionen und Kriterien sind:

¹ Interne Reakkreditierungen finden an der JGU im Turnus von spätestens acht Jahren statt, bei Joint-Degrees spätestens sechs Jahre.

² Dazu zählen der am 01.01.2018 in Kraft getretene Studienakkreditierungsstaatsvertrag der Länder, die Musterrechtsverordnung (MRVO) gemäß Artikel 4 Absätze 1–4 Studienakkreditierungsstaatsvertrag (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 07.12.2017) sowie die rheinland-pfälzische Landesverordnung zur Studienakkreditierung (HSchulQSAkrV RP) vom 28. Juni 2018 (in der jeweils gültigen Fassung).

³ Weiterführende Informationen zu den an der JGU standardmäßig eingesetzten Instrumenten der Qualitätssicherung finden sich im „Handbuch Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung zur Einrichtung und Weiterentwicklung von Studiengängen an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz“.

- **Zielebene: Ziele und Ausrichtung des Studiengangs:** Studiengangprofil, Forschungsorientierung, Praxisorientierung, Qualifikationsziele, Einbindung des Studiums in Fachbereich, Hochschule und Region, interkulturelle Kompetenzen und internationale Ausrichtung des Studiengangs (§§ 4, 6, 11, 12, 13 MRVO, HSchulQSAkkV RP),
- **Prozessebene: Ausgestaltung des Curriculums und des Modulhandbuchs sowie Studienorganisation, -koordination und -dokumentation:** Zugangsvoraussetzungen und Auswahlverfahren, Anerkennung/Anrechnung extern erbrachter Leistungen und Mobilitätsfenster, Modularisierung und Leistungspunktesystem, Praxisphasen, modulbezogenes und kompetenzorientiertes Lehr- und Prüfungssystem, studentische Arbeitsbelastung, fachliche und überfachliche Studienberatung sowie Informations- und Unterstützungsangebote, Geschlechtergerechtigkeit, Studierende in besonderen Lebenslagen (§§ 3, 5, 7, 8, 9, 12, 13, 15 MRVO, HSchulQSAkkV RP),
- **Strukturebene: Rahmenbedingungen und Ressourcen:** sächliche, räumliche und personelle Ausstattung (§ 12 MRVO, HSchulQSAkkV RP),
- **Ergebnisebene:** Studienerfolg, Berufsfeldbezug und Berufseinmündung, studiengangbegleitende Qualitätssicherung (§§ 14, 18 MRVO, HSchulQSAkkV RP).

Die hier vorgelegte Stellungnahme rekurriert dabei auf folgende Informationen und Daten:

- ZQ-Stellungnahmen zur (Re-)Akkreditierung der Studiengänge aus den Jahren 2014⁴ und 2016⁵,
- interne hochschulstatistische Kennzahlen zu den Studiengängen (Stand: September 2022),
- Ergebnisse der Studierendenbefragungen zur Qualität der Lehrveranstaltungen im SoSe 2021
 - für Politikwissenschaft B.A. (Kern-/Beifach): n=292⁶,
 - für Empirische Demokratieforschung M.A.: n=29⁷,
 - für Politische Ökonomie und Internationale Beziehungen M.A.: n=42,
 - für Sozialkunde B.Ed.: n=85,
 - für Sozialkunde M.Ed.: n=39.
- Ergebnisse der Exmatrikuliertenbefragung der Prüfungsjahrgänge 2019/20:⁸
 - für Politikwissenschaft B.A. (Kern-/Beifach): n=61⁹,
 - für Empirische Demokratieforschung M.A.: n=18,
 - für Sozialkunde B.Ed.: n=9,
 - für Sozialkunde M.Ed.: n=6.
- Ergebnisse der Absolvent:innenbefragung des Landes Rheinland-Pfalz der Prüfungsjahrgänge 2020 bis 2022:
 - für Politikwissenschaft B.A. (Kernfach): n=22,

⁴ Politikwissenschaft B.A. (Kern-/Beifach) und B.Ed./M.Ed. Sozialkunde.

⁵ Empirische Demokratieforschung M.A. und Politische Ökonomie und Internationale Beziehungen M.A.

⁶ Kernfach: Vorlesungen n = 35, Seminare n = 173, Übungen/Tutorien n = 29. Beifach: Vorlesungen n = 19, Seminare n = 36.

⁷ Für diesen und die nachfolgenden Studiengänge bezieht sich die Teilnehmendenzahl auf Seminare.

⁸ Aufgrund zu geringer Fallzahlen können Befragungsergebnisse aus der Exmatrikuliertenbefragung für den Studiengang Politische Ökonomie und Internationale Beziehungen M.A. nicht berücksichtigt werden.

⁹ Kernfach: n=39, Beifach: n=22.

- für Empirische Demokratieforschung M.A.: n=7,
 - für Politische Ökonomie und Internationale Beziehungen M.A.: n=4,
 - für Sozialkunde B.Ed.: n=10,
 - für Sozialkunde M.Ed.: n=12.
- Ergebnisse einer vom Fachschafftsrat¹⁰ Politikwissenschaft durchgeführten Online-Befragung unter B.A.-Studierenden (n = 53).
 - Ergebnisse aus zehn durch das ZQ moderierten Evaluationsgesprächen im Zeitraum von Juni bis Juli 2023:
 - Studierende (n=28)¹¹,
 - Mitarbeitende aus Lehre und Administration der Studiengänge (n=11),
 - Fachvertreter:innen (n=4).

2 Letzte Reakkreditierung

Die Studiengänge Politikwissenschaft B.A. und Sozialkunde B.Ed. zählen seit dem Wintersemester 2008/2009 zum Studienangebot des *Fachbereichs 02: Sozialwissenschaften, Medien und Sport*. Die Studiengänge Sozialkunde M.Ed. und Empirische Demokratieforschung M.A. zählen seit dem WiSe 2011/2012 und der Masterstudiengang Politische Ökonomie und Internationale Beziehungen M.A. seit dem WS 2017/2018 zum Angebot des Fachbereichs 02. Die vorgenannten Studiengänge wurden im Jahr 2008 bzw. 2016 erstmals akkreditiert und 2014 bzw. 2016 durch das ZQ erfolgreich reakkreditiert. Die Studiengänge tragen den im Zuge der letzten (Re-)Akkreditierung formulierten Empfehlungen Rechnung.

3 Aufbau der Studiengänge

Der zur Reakkreditierung vorgesehene Studiengang **Politikwissenschaft B.A.** umfasst im **Kernfach** 120 Leistungspunkte (LP) bei 64 Semesterwochenstunden (SWS), von denen 36 SWS auf Pflicht- und 26 SWS auf Wahlpflichtveranstaltungen entfallen. Der Studiengang umfasst ein Einführungsmodul, fünf Basismodule, drei Aufbaumodule und ein Praxismodul und bildet die inhaltliche Breite der Kernbereiche des Fachs ab (Politisches System der Bundesrepublik Deutschland, Analyse und Vergleich politischer Systeme, Internationale Beziehungen, Politische Theorie, Wirtschaft und Gesellschaft, Methoden der empirischen Politikforschung). Darüber hinaus liegt ein Schwerpunkt in der anwendungsorientierten Ausbildung in Statistik und Methoden der empirischen Politikforschung. Im Rahmen des Praxismoduls ist ein sechswöchiges Praktikum (8 LP) zu absolvieren. Die Bachelorarbeit umfasst 10 LP, für die mündliche Abschlussprüfung werden 5 LP vergeben.

¹⁰ Der Fachschafftsrat Politikwissenschaft hat im hat im Vorfeld zur Reakkreditierung im November/Dezember 2022 eine Online-Befragung unter Studierenden im B.A. Politikwissenschaft (Kern-/Beifach) durchgeführt, an der sich 53 Studierende beteiligt haben. Die Ergebnisse wurden dem ZQ zur Verfügung gestellt.

¹¹. Kernfach Politikwissenschaft B.A.: n=8, Politische Ökonomie und Internationale Beziehungen M.A.: n=7, Empirische Demokratieforschung M.A.: n=5, Sozialkunde B.Ed.: n=7, Sozialkunde M.Ed.: n=1.

Im **Beifach** umfasst der Studiengang **Politikwissenschaft B.A.** 60 LP bei 32 SWS, wovon 8 SWS auf Pflichtlehrveranstaltungen fallen und 24 SWS auf Wahlpflichtveranstaltungen. Das Beifach gliedert sich in insgesamt sechs Module, bei denen es sich um das Einführungs- und die Basismodule handelt, die gemeinsam mit Kernfach-Studierenden besucht werden. Die Beifach-Studierenden wählen vier von fünf Basismodulen, sodass mit dem Einführungsmodul insgesamt fünf Module zu absolvieren sind.

Der Masterstudiengang **Empirische Demokratieforschung M.A.** umfasst 120 LP bei 36-44 SWS, wovon 6-10 SWS auf Pflichtlehrveranstaltungen und 30-38 SWS auf Wahlpflichtlehrveranstaltungen entfallen.¹² Der Studiengang umfasst insgesamt sieben Module, darunter ein Projekt- und ein Praxismodul. Der Schwerpunkt des Studiengangs liegt in der Anwendung quantitativer Methoden in der empirischen Politikforschung. Im Rahmen des Praxismoduls kann ein neunwöchiges Praktikum (12 LP) absolviert werden. Für die Masterarbeit werden 22 LP vergeben, für das begleitende Kolloquium 2 LP und für die mündliche Prüfung 5 LP.

Der Masterstudiengang **Politische Ökonomie und Internationale Beziehungen M.A.** umfasst 120 LP bei 36-44 SWS, wovon 4-8 SWS auf Pflichtlehrveranstaltungen und 32-40 SWS auf Wahlpflichtlehrveranstaltungen fallen.¹³ Der Studiengang beinhaltet sieben Module. Der Masterstudiengang Politische Ökonomie und Internationale Beziehungen M.A. ist methodisch breiter angelegt als der Studiengang Empirische Demokratieforschung und berücksichtigt stärker qualitative und analytische Methoden. Im Rahmen des Praxismoduls kann ebenfalls ein neunwöchiges Praktikum (12 LP) absolviert werden. Für die Masterarbeit werden 22 LP vergeben, für das begleitende Kolloquium 2 LP und für die mündliche Prüfung 5 LP.

Der lehramtsbezogene Bachelorstudiengang **Sozialkunde B.Ed.** umfasst 65 LP bei 44 SWS. Davon entfallen 32 SWS auf Pflichtlehrveranstaltungen und 12 SWS auf Wahlpflichtlehrveranstaltungen. Der Studiengang umfasst insgesamt sieben Module. Hierbei handelt es sich um ein Grundlagenmodul und fünf Basismodule, die (nahezu) identisch zu den Modulen des B.A. Politikwissenschaft sind. Hinzu kommt ein Fachdidaktik-Modul. Für die Bachelorarbeit werden 10 LP vergeben.

Der lehramtsbezogene Masterstudiengang **Sozialkunde M.Ed.** umfasst 42 LP bei 18 SWS. Davon entfallen 2 SWS auf Pflichtlehrveranstaltungen und 16 SWS auf Wahlpflichtlehrveranstaltungen. Der Studiengang umfasst drei Module. Hinzu kommt ein Fachdidaktik-Modul. Für die Masterarbeit werden 20 LP vergeben.

Der Studienbeginn im B.A. Politikwissenschaft (Kern- und Beifach) sowie im B.Ed. und M.Ed. Sozialkunde ist sowohl zum Winter- als auch zum Sommersemester möglich. Der Studienbeginn in den fachwissenschaftlichen Masterstudiengängen Empirische Demokratieforschung und Politische Ökonomie und Internationale Beziehungen ist regelhaft zum Wintersemester möglich. Es stehen jeweils 20 Studienplätze zur Verfügung.¹⁴ Die Regelstudienzeit der Bachelor-Studiengänge beträgt sechs Semester; die Regelstudienzeit der Master-Studiengänge beträgt vier Semester.

¹² Der Umfang an SWS variiert, je nachdem, welche Veranstaltungen im Praxismodul gewählt werden.

¹³ Der Umfang an SWS variiert, je nachdem, welche Veranstaltungen im Praxismodul gewählt werden.

¹⁴ Im Falle zum Wintersemester nicht vergebener Studienplätze ist auch eine Aufnahme zum Sommersemester möglich.

4 Gesamteinschätzung

Das Fach legte in Vorbereitung auf das Auftaktgespräch zur Reakkreditierung mit dem Vizepräsidenten für Studium und Lehre eine Entwicklungsskizze (Stand: 14.10.2022) vor, in welcher Veränderungsbedarfe aufgezeigt und erste Ideen zur Weiterentwicklung des Studienangebots vorgestellt wurden. Die Entwicklungsskizze bildete die Grundlage für die Reakkreditierung, in deren Rahmen zunächst Evaluationsgespräche mit Studierenden, Mitarbeitenden aus Lehre und Administration der Studiengänge sowie Fachvertreter:innen geführt wurden. Ziel der Gespräche war es, die Erfahrungen mit den Studiengängen sowie Stärken und mögliche Weiterentwicklungspotenziale aus Perspektive der Beteiligten zu erfassen.

Die nachfolgende Gesamteinschätzung fokussiert auf jene Aspekte, die für die erfolgreiche Reakkreditierung der Studiengänge relevant sind. Das Fach wird insofern gebeten, die nachfolgend formulierten Aufgaben und Empfehlungen für den fachinternen Prozess der Weiterentwicklung der Studiengänge zu berücksichtigen.

4.1 Zielebene: Ziele und Ausrichtung der Studiengänge

4.1.1 Studiengangprofile und Qualifikationsziele

Die Studierenden zeigen sich in den Gesprächen mit den Profilen der Studiengänge insgesamt zufrieden. Die inhaltlich Breite im Bachelorstudium sowie entsprechende Spezialisierungs- und Wahlmöglichkeiten auf Masterebene werden von den Studierenden besonders positiv hervorgehoben. Die grundsätzlich bestehende Zufriedenheit mit den Studiengängen am Institut für Politikwissenschaft bestätigen auch die Ergebnisse der Absolvent:innenbefragung. Die mittlere Gesamtzufriedenheit mit dem Studium liegt für die betrachteten Studiengänge im Durchschnitt des Fachbereichs und für den Master Empirische Demokratieforschung leicht darüber (MW = 1,6 vs. MW FB 02 = 2,9).¹⁵

Ungeachtet der bestehenden Zufriedenheit mit den Studiengängen besteht bei einigen Studierenden im B.A. Politikwissenschaft insofern eine gewisse Erwartungsdiskrepanz hinsichtlich der Studieninhalte, als der quantitativ-empirische Schwerpunkt im Studium prominenter sei als erwartet und eine größere Offenheit in Bezug auf qualitative Methoden vermisst werde. Auch einzelne Studierende des Masters Politische Ökonomie und Internationale Beziehungen berichten in den Evaluationsgesprächen, dass die empirische Ausrichtung des Studiengangs stärker sei als erwartet. Studiengangübergreifend wünschen sich einige Studierende zudem, dass aktuelle politische Themen in den Seminaren punktuell stärker aufgegriffen werden und mehr Raum für Diskussion zur Verfügung stehe. Entsprechend berichten die Studierenden in den Gesprächen, dass insbesondere die beiden fachwissenschaftlichen Masterstudiengänge eine (sehr) starke Forschungsorientierung aufwiesen, was auch die Ergebnisse der Absolvent:innenbefragung im Wesentlichen bestätigen: Die mittlere Bewertung der Forschungsorientierung liegt – mit Ausnahme des B.A.¹⁶ – im Fachbereichsmittel oder darüber.

Die Lehrenden erläutern, dass der Schwerpunkt der Mainzer Politikwissenschaft auf (quantitativen) empirischen Methoden liege und entsprechende Informationen nicht nur über die Institutswebsite und im

¹⁵ Zugrunde gelegt wird hier und im Folgenden eine 7-stufige Skala: 1 = + / 7 = -.

¹⁶ MW B.A. = 3,3 vs. MW FB 02 = 2,6.

Rahmen des Studiengangmarketings kommuniziert würden, sondern dass auch viel Zeit in Studienberatung investiert werde, um Studierende bzw. Studieninteressierte auf die Ausrichtung der Studiengänge hinzuweisen. Die seitens der Studierenden vorgebrachte Kritik an der fehlenden Offenheit für qualitative Methoden können sie nur bedingt nachvollziehen, denn wenngleich der Schwerpunkt in den Studiengängen auf quantitativen Methoden liege, sei die Anwendung qualitativer Methoden nach individueller Rücksprache ebenso möglich. Im Master Politische Ökonomie und Internationale Beziehungen seien qualitative Methoden bspw. auch Gegenstand der einführenden Ringvorlesung. Zudem würden vertiefend dazu Kleingruppen zu qualitativen Methoden angeboten.

Dem Wunsch nach mehr Raum für Diskussion in den Seminaren können die Lehrenden teils nachvollziehen, sie geben in diesem Zusammenhang jedoch zu bedenken, dass fundierte Diskussionen nur auf Grundlage von Fachwissen möglich seien; zudem seien bestimmte Teilgebiete des Fachs in der Forschungspraxis stark empirisch ausgerichtet, was die Arbeit mit aktuellen Studien – auch im Master Politische Ökonomie und Internationale Beziehungen – nahelege.

Hinsichtlich der Lehramtsstudiengänge zeigen die Evaluationsgespräche, dass einigen Lehramtsstudierenden die Qualifikationsziele des universitären Lehramtsstudiums nicht transparent sind, wodurch es zu einer Erwartungsdiskrepanz kommt, die sich in Unzufriedenheit mit dem Studium und dem Eindruck, sich in den Veranstaltungen als Lehramtsstudierende nicht berücksichtigt, bzw. nicht auf den Lehrerberuf vorbereitet zu fühlen, einhergeht.

Die Lehrenden bestätigen, dass den Lehramtsstudierenden die Relevanz einer fundierten fachwissenschaftlichen Ausbildung häufig nicht bewusst sei, was sich bspw. im Bereich der Methodenausbildung manifestiere, da in der Schule nicht empirisch gearbeitet werde, weshalb wiederum die Relevanz der Methodenausbildung im Studium hinterfragt werde. Zudem sei den Studierenden häufig nicht bewusst, dass im Lehramt auch überfachliche Qualifikationsziele bzw. Arbeitstechniken (Transferkompetenz, Argumentationstechniken, selbstständiges Arbeiten etc.) von hoher Relevanz für das spätere Berufsfeld seien. Vor diesem Hintergrund sehen die Lehrenden einen hohen Bedarf, die Kommunikation hinsichtlich der Qualifikationsziele eines Lehramtsstudiums und der Relevanz einer fundierten fachwissenschaftlichen Ausbildung, die zudem Voraussetzung für die Anwendung/Übertragung in fachdidaktische Module ist, zu verdeutlichen.

Ungeachtet dessen versichern die Lehrenden, dass die Belange von Lehramtsstudierenden – wenn nicht in Form spezifischer Seminare – insofern Berücksichtigung fänden, als für Lehramtsstudierende relevante Themen im Rahmen der Lehrveranstaltungsplanung beachtet würden, i.R. von Hausarbeiten nach Rücksprache für das Lehramt relevante Themen/Fragestellungen gewählt werden könnten und ein enger Austausch zwischen Fachwissenschaft und -didaktik bestehe, u.a. in Form gemeinsam betreuter Abschlussarbeiten.

1. **Auflage:** *Innerhalb des Instituts für Politikwissenschaft ist gemeinsam von Fachdidaktik und Fachwissenschaft ein Kommunikationskonzept zu erarbeiten, wie Lehramtsstudierenden die Relevanz des Studiums fachwissenschaftlicher Inhalte (inkl. Methodenausbildung) im Hinblick auf die Qualifikationsziele ihres angestrebten lehramtsbezogenen Abschlusses verdeutlicht werden kann (§§ 4 und 11 MRVO).*

4.1.2 Praxisorientierung

Mit der Praxisorientierung der Studiengänge zeigen sich die i.R. der Evaluationsgespräche befragten Studierenden studiengangübergreifend sehr zufrieden. Der Praxisbezug werde vor allem im Bereich der Anwendung empirischer Methoden deutlich (bspw. im Bereich der empirischen Wahlforschung), zudem gebe es sowohl im B.A.- als auch in den M.A.-Studiengängen einzelne Veranstaltungen bzw. Module mit einem praktischen bzw. einem Berufsfeldbezug. Darüber hinaus verfügten die fachwissenschaftlichen Studiengänge¹⁷ über ein integriertes Praxismodul, das im B.A. (Kernfach) von einem Seminar zur Berufsfeldqualifikation begleitet werde. Diese Einschätzung bestätigend zeigen auch die Absolvent:innenbefragung, dass die Absolvent:innen der fachwissenschaftlichen Masterstudiengänge mit der praxisorientierten Lehre insgesamt zufrieden sind. Die Bewertung liegt für den M.A. Politische Ökonomie und Internationale Beziehungen im Mittel des Fachbereichs (MW = 3,8 vs. MW FB 02 = 3,4), für den M.A. Empirische Demokratieforschung leicht darüber (MW = 2,9 vs. MW FB 02 = 3,4). Die Absolvent:innen des B.A. bewerten die Praxisorientierung der Lehre mit einem Mittelwert von 5,4 indes schlechter als im Fachbereichsmittel (MW FB 02 = 4,4), wofür sich dementsprechend in den Evaluationsgesprächen jedoch keinerlei Anhaltspunkte finden ließen.

Die Praxisorientierung im Lehramtsstudium sehen die i.R. der Evaluationsgespräche befragten Studierenden über die Pflichtpraktika sowie die Fachdidaktik-Module zwar als gegeben, insgesamt wird jedoch deutlich, dass sie mit Blick auf das spätere Berufsfeld eine deutlich stärkere Praxisorientierung erwartet hätten (s. 4.1.1, Auflage 1). Dementsprechend stufen die B.Ed. und M.Ed.-Absolvent:innen die Praxisorientierung ihrer Studiengänge als eher gering ein und im Bachelor zudem schlechter als die übrigen Bachelor-Lehramtsstudierenden an der JGU (MW B.Ed. = 5,7 vs. MW B.Ed. JGU = 4,7; MW M.Ed. = 5,0 vs. MW M.Ed. JGU = 4,7).

4.1.3 Interkulturelle Kompetenzen und internationale Ausrichtung

Gefragt nach der internationalen Ausrichtung des Studiums begrüßen die Studierenden studiengangübergreifend, dass überwiegend englischsprachige Literatur gelesen werde und ein Angebot an englischsprachigen Veranstaltungen vorgehalten werde, das im Master größer sei als im Bachelor. Als sehr bereichernd erleben die befragten Studierenden auch die Diskussion mit Austausch-Studierenden in Seminaren. Einzelne Studierende regen in diesem Zusammenhang an, das Angebot an englischsprachigen Seminaren im Bachelor und Master auszuweiten oder gar über einen englischsprachigen Masterstudiengang nachzudenken.

4.2 Prozessebene: Ausgestaltung der Curricula und Studienorganisation

4.2.1 Zugangsvoraussetzungen und Auswahlverfahren

Die für die Masterstudiengänge Empirische Demokratieforschung (14 LP) und Politische Ökonomie und Internationale Beziehungen (6 LP) geforderten Zugangsvoraussetzungen im Bereich Statistik und Metho-

¹⁷ Dies trifft auf folgende Studiengänge zu: B.A. Politikwissenschaft (Kernfach), M.A. Empirische Demokratieforschung, M.A. Politische Ökonomie und Internationale Beziehungen.

den der empirischen Sozial- bzw. Politikforschung bewerten die Studierenden als angemessen, wenn- gleich spürbar sei, dass diejenigen, die ihren Bachelor in Mainz absolviert haben, ein durchaus fundierteres Vorwissen im Bereich der Methodenkenntnisse hätten, da diese an anderen Studienstandorten auf Bachelor-Niveau in der Regel nicht in der am Standort Mainz üblichen Tiefe und Breite vermittelt würden. Die Studierenden des Masters Empirische Demokratieforschung begrüßen die Möglichkeit, die für die Zugangsvoraussetzungen fehlenden Inhalte bzw. ECTS-Punkte (zum Zeitpunkt des Studienbeginns sind mind. 6 von 14 LP vorzuweisen, vgl. PO § 2 Abs. 4, A) bis zum Ende des zweiten Semesters nachholen zu können. Studierende beider Masterstudiengänge bewerten das Lehrangebot in Modul 1 „Politikwis- senschaftliche Forschungsmethoden“ als hilfreich, um Methodenwissen nochmals aufzufrischen bzw. zu vertiefen.

4.2.2 *Mobilitätsfenster und Anerkennung/Anrechnung extern erbrachter Leistungen*

Die in den Evaluationsgesprächen befragten Studierenden berichten, dass ein Mobilitätsfenster zumeist problemlos in das Studium integriert werden könne, entsprechende Informationen zur Verfügung stünden und Ansprechpersonen bekannt seien. Indes problematisieren sie, dass die Anerkennung von im Ausland erbrachten Prüfungsleistungen problematisch sei bzw. nicht erfolge, wenn die Art der Modulabschluss- prüfung von der in Mainz geforderten Prüfungsform abweiche.

Die Mitarbeitenden im Studienbüro erläutern, dass mit der Prüfungsform der Erwerb bestimmter Kompe- tenzen verbunden sei, weshalb unter Zugrundelegung der Anerkennungsatzung der JGU an der den Mo- dulen jeweils zugeordneten Prüfungsform festgehalten werde. Sie ergänzen, dass insbesondere die An- erkennung von Hausarbeiten problematisch sei, da diese hinsichtlich der Anforderungen nicht mit den in Mainz zu erbringenden Leistungen vergleichbar seien. Sie versichern, dass diesbezügliche Informationen den Studierenden rechtzeitig bekannt gegeben würden und in aller Regel Alternativlösungen gefunden würden, etwa in der Weise, dass ein Teil eines Moduls im Ausland erbracht werde und die Modulprüfung inkl. der dazugehörigen Lehrveranstaltung in Mainz absolviert werde.

In den Gesprächen ist dazu angeklungen, dass die Anerkennung im Falle des zuvor beschriebenen Sach- verhalts aufgrund eines vorliegenden wesentlichen Unterschieds bei einzelnen Partnerhochschulen im Hinblick auf die Anforderungen der Hausarbeiten nicht erfolgen kann.

4.2.3 *Modularisierung und Leistungspunktesystem*

Die Studierenden aller Studiengänge beschreiben die Studienstruktur und den Studienaufbau als sehr klar und übersichtlich. Von den Bachelorstudierenden wird in der Studieneingangsphase des B.A. und B.Ed. die Vorlesung „Einführung in die Politikwissenschaft“ explizit lobend hervorgehoben, die einen sehr informativen und inhaltlich passenden Einstieg in das Studium ermögliche. Studiengangübergreifend he- ben die befragten Studierenden die Möglichkeit der hinsichtlich des Studienverlaufs freien Studiengestal- tung sowie die gegebenen Wahlmöglichkeiten innerhalb der Module (im B.A. Kernfach betrifft dies die Aufbaumodule) positiv hervor. Entsprechend positiv fallen auch die Bewertungen des Studienaufbaus in der Absolvent:innenbefragung aus. Sie liegen für den Masterstudiengang Politische Ökonomie und Inter- nationale Beziehungen über dem Referenzwert auf Ebene des Fachbereichs (MW PÖIB = 2,0 vs. MW FB 02 = 2,8) und für den M.Ed. Sozialkunde über dem Mittelwert für lehramtsbezogene Masterstudien- gänge an der JGU (MW M.Ed. = 3,3 vs. MW M.Ed. JGU = 3,7). Für die übrigen Studiengänge liegen die

Werte im Fachbereichsmittel bzw. für den B.Ed. Sozialkunde ist der Wert vergleichbar mit dem Mittelwert für lehramtsbezogene Bachelorstudiengänge an der JGU.

Im Rahmen ihres Studiums nehmen die befragten Studierenden im B.A. und B.Ed. die Veranstaltung und Prüfung in Statistik in Modul 1 „Einführung und methodische Grundlagen“ als größte Hürde wahr. Das die Vorlesung begleitende Seminar erachten sie in diesem Kontext – insbesondere für die Prüfungsvorbereitung – als besonders hilfreich, da dieses Raum zum praktischen Üben und Austausch biete. Sehr vereinzelt monieren sie jedoch, dass das Seminar in Abhängigkeit des bzw. der Dozent:in inhaltlich unterschiedlich ausgestaltet werde und die Prüfungsvorbereitung insofern unterschiedlich ausfalle. Die Studierenden des B.Ed. kritisieren in diesem Kontext, dass das begleitende Seminar zur Statistik-Vorlesung in ihrem Curriculum nicht vorgesehen sei und eine freiwillige Kursteilnahme aus Ressourcengründen nicht möglich sei. Gleichwohl würden sie dieses Seminar zur Prüfungsvorbereitung auf die das Modul abschließende Klausur als hilfreich erachten und regen an, die Veranstaltung auch für Lehramtsstudierende zu öffnen.

Die Lehrenden erörtern, dass aufgrund der auch ihnen zugetragenen Weiterentwicklungsbedarfe hinsichtlich der Statistiklehre Projektmittel des Gutenberg Lehrkollegs (GLK) eingeworben werden konnten. Kern der Weiterentwicklung der Statistiklehre im Projekt „Forschungsorientierte Statistik-Ausbildung – aktivierend und projektbezogen (ForStat)“¹⁸ sei die Errichtung einer hybriden Lehr-Lernumgebung in Anlehnung an einen flipped classroom. In diesem Rahmen seien digitale Lernmodule entwickelt worden, die auch den Lehramtsstudierenden zugänglich seien, und womit zugleich eine stärkere Standardisierung/Strukturierung des Lernstoffs über die unterschiedlichen Seminargruppen hinweg geschaffen worden sei. Die Präsenzveranstaltung sei jedoch nach wie vor B.A. Studierenden vorbehalten.

2. **Empfehlung:** *Aufgrund der empirischen Ergebnisse sind unter Berücksichtigung der Curricularen Standards sowie in Rücksprache mit dem Zentrum für Lehrerbildung (ZfL) Möglichkeiten zu eruieren, ob und inwiefern Lehramtsstudierenden jenseits der inzwischen digital zur Verfügung gestellten Inhalte Zugang zum vorlesungsbegleitenden Seminar Statistik I (als Präsenzveranstaltung), ggf. unter Berücksichtigung einer Leistungspunktedifferenzierung zwischen gemeinsam von B.A. und B.Ed. besuchten Lehrveranstaltungen/Modulen, ermöglicht werden kann (§ 13 (1) MRVO).*

Hinsichtlich der Studieninhalte zeigen sich die Studierenden aller Studiengängen überwiegend zufrieden. Die Studierenden des M.A. Politische Ökonomie und Internationale Beziehungen monieren jedoch, dass die Passung zwischen Studiengangtitel und -inhalten insofern nicht durchweg gegeben sei, als der Studiengang etwas „allgemeiner“ ausgerichtet sei als erwartet und die im Titel genannten Bereiche „Politische Ökonomie“ und „Internationale Beziehungen“ nicht im erwarteten Umfang abgebildet würden.

Die Lehrenden können diese Kritik nur partiell nachvollziehen und verweisen darauf, dass es auf professoraler Ebene in den vergangenen Jahren Umstrukturierungen gegeben habe, die auch mit inhaltlichen Änderungen einhergegangen seien und regen vor diesem Hintergrund an, die Modul- und Veranstaltungstitel hinsichtlich der inhaltlichen Passung zu prüfen und ggf. zu aktualisieren.

¹⁸ [Forschungsorientierte Statistik-Ausbildung – aktivierend und projektbezogen \(ForStat\) | Gutenberg Lehrkolleg \(uni-mainz.de\)](https://www.uni-mainz.de)

3. **Empfehlung:** *Es wird empfohlen, die Passung zwischen Studiengangtitel und -inhalten im M.A. Politische Ökonomie und Internationale Beziehungen zu prüfen und im Falle es erforderlich scheint, entsprechende Anpassungen bzw. Aktualisierungen vorzunehmen.*

Mit Blick auf die Studieninhalte wird von den befragten Lehramtsstudierenden problematisiert, dass das Studium nicht auf das an Gesamtschulen von Sozialkundelehrer:innen unterrichtete Fach „Gesellschaftslehre“ (ein Verbundfach von Sozialkunde, Geografie und Geschichte) vorbereite und regen an, entsprechende Inhalte in das Studium aufzunehmen.

Die Lehrenden sind sich der Problematik bewusst und bedauern die „bildungspolitisch unbefriedigende Situation“ für das Lehramt an Gymnasien in Rheinland-Pfalz. Die seitens der JGU im Rahmen der Überarbeitung der curricularen Standards angestoßene Initiative, Modul 12 „Querschnittsprobleme im politischen Kontext“ im M.Ed. über eine Öffnungsklausel für Veranstaltungen aus den Fächern Geografie und Geschichte zu öffnen, sei gescheitert und auch frühere Angebote, bspw. in Form von Fortbildungen im Bereich Gesellschaftslehre, gebe es inzwischen nicht mehr. Als positives Beispiel werden die curricularen Standards für die Realschule plus angeführt, die in den entsprechenden Fächern ein „Bereichsfach“ Gesellschaftswissenschaften vorsehen würden.

Mit Blick auf die Modularisierung und das Leistungspunktesystem in den Studiengängen stellt aus Perspektive der Studierenden sowie aus dem Blickwinkel der Qualitätssicherung zudem die in Bachelor- und Masterstudiengängen polyvalente Verwendung von Modulen bzw. Lehrveranstaltungen ein Thema dar, das nachfolgend dargestellte, unterschiedliche Facetten betrifft:

Hinsichtlich der in den Bachelor- und Masterstudiengängen polyvalent verwendeten Vorlesungen problematisieren die Studierenden der fachwissenschaftlichen Masterstudiengänge Empirische Demokratieforschung und Politische Ökonomie und Internationale Beziehungen, dass jenseits der Methoden-Vorlesungen keine Vorlesungen exklusiv für Masterstudierende angeboten würden, sondern stattdessen Vorlesungen aus dem B.A. besucht werden müssten, wodurch es teils zu inhaltlichen Doppelungen komme. In diesem Zusammenhang berichten sie, dass im Falle redundanter Inhalte die Motivation zum Besuch von Vorlesungen schwinde, und sich die Frage nach dem Qualifikationsniveau im Master stelle.

Die Mitarbeitenden am Institut erläutern, dass fortgeschrittene Bachelor-Vorlesungen aus Ressourcen Gründen polyvalent im Master verwendet würden. Inhaltliche Doppelungen sollten aufgrund des Turnus der Vorlesungen und eines bestehenden Wahlangebots jedoch weitestgehend vermieden werden können und allenfalls in Einzelfällen vorkommen. Zudem sei geplant, das Wahlangebot in Kooperation mit benachbarten Fächern und Fachbereichen - vergleichbar mit Modul 6 „Inhaltliche Vertiefung mit interdisziplinärer Orientierung“ im Master Politische Ökonomie und Internationale Beziehungen - sowie im Verbund der Rhein-Main-Universitäten perspektivisch zu erweitern. Es sei außerdem beabsichtigt, Studierende aktiv auf das dann vorhandene Angebot hinzuweisen und dafür zu werben.

4. **Auflage:** *Um inhaltliche Doppelungen im Studienverlauf für Masterstudierende gänzlich zu vermeiden, sind die Wahlangebote für Vorlesungen für jedes Modul so zu erweitern, dass die Masterstudierenden des M.A. Empirische Demokratieforschung und Politische Ökonomie und Internationale Beziehungen perspektivisch ein hinreichend breites Angebot an noch nicht im Bachelor besuchten Vorlesungen zur Auswahl haben (§ 13 (1) MRVO). Zudem sind die Studierenden in geeigneter Weise auf das bestehende Wahlangebot hinzuweisen (§ 12 (5) MRVO).*

5. **Auflage:** *Die in den fachwissenschaftlichen Masterstudiengängen Empirische Demokratieforschung und Politische Ökonomie und Internationale Beziehungen polyvalent verwendeten Module 2, 3 und 7 sind hinsichtlich der Qualifikationsziele und Inhalte zu vereinheitlichen und in den jeweiligen Modulhandbüchern entsprechend zu kennzeichnen (Spalte: Verwendbarkeit des Moduls).*

Die M.Ed. Module 11 und 12 einerseits und die Aufbaumodule 8 und 9 des B.A. andererseits seien bewusst so gestaltet, dass eine polyvalente Verwendung der Module möglich sei, was seitens des Instituts mit der inhaltlich besseren Anschlussfähigkeit für Lehramtsstudierende, die im B.Ed. die Basismodule des B.A. belegt haben, aus Qualitätssicherungssicht plausibel begründet wird. Die vergebenen unterschiedlichen Leistungspunkte – Studierende des M.Ed. erhalten in den vorgenannten Aufbaumodulen 14 LP, Studierende des B.A. erhalten 11 LP – werden damit begründet, dass M.Ed.-Studierende umfangreichere Hausarbeiten anfertigen müssen.

6. **Auflage:** *Damit der Grund für die unterschiedliche Kreditierung in den im B.A. und M.Ed. polyvalent verwendeten Modulen transparent und nachvollziehbar wird, ist der Umfang der Prüfungsleistungen – hier in Form von Hausarbeiten – für die Module 8,9 (B.A.) sowie 11,12 (M.Ed.) auszuweisen (§ 7 (2) MRVO).*
7. **Auflage:** *Die polyvalente Verwendung der vorgenannten Module 8, 9 (B.A.) und 11,12 (M.Ed.) ist in den Modulhandbüchern mit Blick auf die Qualifikationsziele und Inhalte transparent auszuweisen.*

Hinsichtlich der im Kern- und Beifach des B.A. Politikwissenschaft polyvalent verwendeten Basismodule, in denen Kernfach-Studierende 9 LP und Beifach-Studierende 12 LP erwerben, erläutern die Mitarbeitenden im Studienbüro, dass die unterschiedliche Kreditierung dem vergleichsweise höheren Arbeitsaufwand für Beifach-Studierende Rechnung trägt, da diese inhaltlich über weniger Vorwissen verfügen als Kernfach-Studierende und dementsprechend mehr Selbstlernzeit investieren müssten, was aus Qualitätssicherungsperspektive nachvollziehbar erscheint und im Modulhandbuch transparent ist.

4.2.4 Praxisphasen

Die in die fachwissenschaftlichen Studiengänge integrierte Praxisphase in Form eines 6-wöchigen Praktikums im Bachelor bzw. eines 9-wöchigen Praktikums im Master beurteilen die befragten Studierenden als wertvoll, um Einblicke in potenzielle Berufsfelder zu erhalten. Die Studierenden schätzen zudem das breite Spektrum an möglichen Praktikumsbereichen sowie die Anrechnungsmodalitäten von etwaigen zuvor extern erbrachten berufspraktischen Leistungen. Darüber hinaus heben sie die in Form eines studiengangübergreifenden Moodle-Kurses zur Verfügung gestellten Informationen rund um die jeweiligen Praktikumsmodule positiv hervor. Praktikumsbeauftragte seien benannt, die bei Fragen Beratung und Hilfestellung anbieten würden.

Die im Rahmen der Evaluationsgespräche befragten Studierenden der fachwissenschaftlichen Masterstudiengänge problematisieren jedoch, dass ihnen die Integration des Praktikums, das gemäß Studienverlaufsplan in der vorlesungsfreien Zeit zwischen dem 2. und 3. Semester vorgesehen sei, schwerfalle, da in der vorlesungsfreien Zeit – parallel zum stattfindenden Praktikum – umfangreiche Hausarbeiten

angefertigt werden müssten, weshalb sich ihrer Einschätzung nach häufig die Regestudienzeit verlängere. Zwar bestehe auch die Option, alternativ zum Praktikum Lehrveranstaltungen zu besuchen oder den Praktikumszeitraum zu verkürzen und zusätzlich Lehrveranstaltungen zu besuchen, jedoch sähen sie im Praktikum einen großen Mehrwert und hätten insofern Interesse daran, dieses im Umfang von 12 LP (\cong 9 Wochen) zu absolvieren. Da die Beratungsangebote des Instituts insgesamt sowie die Praxisberatung sehr geschätzt werden (s.o.) besteht aus Qualitätssicherungssicht diesbezüglich kein weiterer Handlungsbedarf.

4.2.5 *Modulbezogenes und kompetenzorientiertes Lehr- und Prüfungssystem*

Mit Blick auf das Prüfungssystem schätzen die i.R. der Evaluationsgespräche befragten Bachelorstudierenden die Möglichkeit, im vorgegebenen Rahmen von Klausuren und Hausarbeiten in den Basismodulen wählen zu können, in welchen der Basismodule sie welche der vorgenannten Prüfungsformen erbringen möchten.¹⁹

Indes monieren die Bachelorstudierenden des B.A. und B.Ed., dass die sich über zwei Semester erstreckenden Prüfungen zu umfangreich seien und regen an, stattdessen (Teil-)Prüfungen vorzusehen, die bereits nach einem Semester abgelegt würden. Dies komme ihrer Auffassung nach auch der Mobilität zugute, da die sich über zwei Semester erstreckenden Modulprüfungen nach Auffassung einiger Studierender ein Mobilitätshindernis darstellen.

Die Lehrenden sind hingegen der Auffassung, dass Teilprüfungen andere Nachteile wie bspw. eine semesterweise höhere Prüfungsbelastung zur Folge hätten, was sich an anderer Stelle nachteilig auswirke. Sie versichern, dass die zweisemestrige Taktung im Falle eines Auslandsaufenthaltes in aller Regel nicht mobilitätshindernd sei, da in diesen Fällen individuelle Absprachen mit den betroffenen Studierenden getroffen würden.

Die Studierenden der fachwissenschaftlichen Masterstudiengänge Empirische Demokratieforschung und Politische Ökonomie und Internationale Beziehungen monieren mit Blick auf das Prüfungssystem eine zu geringe Prüfungsvielfalt, da im Studium vorwiegend schriftliche Prüfungsleistungen in Form von Hausarbeiten bzw. einem Studien-/Projektbericht, dem sich eine Präsentation anschließe, vorgesehen sei. Sie regen stattdessen an, mehr mündliche Prüfungen oder andere, innovative Prüfungsformate in das Curriculum zu integrieren.

Die Lehrenden erläutern, dass die überwiegend vorgesehenen schriftlichen Prüfungsformen in Form von Hausarbeiten mit Blick auf die Employability und den Transfer in die Berufspraxis gewählt worden seien, da die im Rahmen von Hausarbeiten erworbenen Kompetenzen, u.a. analytische Kompetenz, Kompetenz zur systematischen Aufbereitung von Ergebnissen jene seien, die im Berufsalltag gefordert seien. Zudem seien Hausarbeiten eine gute Vorbereitung auf die zum Abschluss des Studiums anzufertigende Master-

¹⁹ Im B.A. Kernfach und im B.Ed. sind in zwei der fünf gewählten Basismodule Hausarbeiten anzufertigen, in den anderen drei Basismodulen jeweils eine Klausur. Im B.A. Beifach sind in zwei der vier gewählten Basismodule Hausarbeiten vorgesehen, in den anderen zwei Basismodulen jeweils eine Klausur.

arbeit. Präsentationskompetenz, die ebenfalls i.R. des Masterabschlusses gefragt sei, werde i.R. der aktiven Teilnahme sowie in beiden Studiengängen in Modul 6, das u.a. eine Präsentation als Modulabschlussprüfung vorsehe, gefördert.

8. **Empfehlung:** *Das ZQ empfiehlt, den Studierenden gegenüber transparent zu machen, warum Hausarbeiten mit Blick auf die Employability als Prüfungsform von Bedeutung sind. Mit Blick auf die Prüfungsvielfalt sollte gleichwohl geprüft werden, ob hinsichtlich der auf dem Arbeitsmarkt erforderlichen Kompetenzen perspektivisch auch andere Prüfungsformen zum Einsatz kommen können.²⁰*

Hinsichtlich der Prüfungsorganisation bedauern die Studierenden aller Studiengänge, dass die im Rahmen der Corona-Satzung eröffnete Möglichkeit zur kurzfristigen Prüfungsabmeldung nicht mehr bestehe und regen an, eine solche Option wieder einzuführen. Darüber hinaus kritisieren sie, dass im Falle nicht bestandener Klausuren keine Nachschreibtermine im selben Semester angeboten würden und dass zudem die Verpflichtung bestehe, die Klausur zum nächstmöglichen Termin – in der Regel im darauffolgenden Semester – zu schreiben. Diese Regelungen führten dazu, dass es punktuell zu einer hohen Prüfungslast kommen könne, weshalb sie einvernehmlich dafür plädieren, mehr Flexibilität hinsichtlich der Prüfungsabmeldung und von Nachschreibterminen zu ermöglichen.

Die Lehrenden stimmen zu, dass die derzeit automatisch gegebene Notwendigkeit, eine nicht bestandene Prüfung zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu wiederholen, zugunsten einer größeren Flexibilität aufgehoben werden solle. Dies erfordere jedoch eine Änderung der Rahmenprüfungsordnung und müsse insofern mit allen beteiligten Fächern bzw. Fachbereichen erörtert werden.

Hinweis: Da es sich hierbei um eine universitätsweite Fragestellung/Diskussion handelt, die an anderer Stelle geführt wird, wird hier kein konkreter Handlungsbedarf für das Institut für Politikwissenschaft formuliert.

Der seitens der Studierenden angeregten Möglichkeit zur Wiedereinführung einer kurzfristigen Prüfungsabmeldung stehen die Lehrenden kritisch gegenüber, da sie befürchten, dass die Studierenden vermehrt Prüfungen aufschieben würden, um Prüfungssituationen (systematisch) zu umgehen, was wiederum dazu führe, dass die gemäß Studienverlaufsplan vorgesehene Gleichverteilung des Workloads nicht mehr gegeben sei und die Hürde, eine Prüfung abzulegen, letztlich noch größer werde. Ferner könne dies dazu führen, dass Lehrveranstaltungen mitunter mehrfach besucht würden, da der Zeitraum zwischen dem Besuch einer Lehrveranstaltung und der Prüfung größer werde und ggf. Bedarf bestehe, die Inhalte aufzufrischen. Zudem verweisen sie darauf, dass Hausarbeiten betreffend auch die Möglichkeit bestehe, die Abgabefrist unter Angabe entsprechender Gründe zu verlängern.

Aus organisatorischer Perspektive sei eine kurzfristige Möglichkeit zur Prüfungsabmeldung zudem mit einem größeren Aufwand verbunden, da Räume für Prüfungen weit im Voraus gebucht werden müssten und auf der Grundlage einer Angabe der für die Prüfung angemeldeten Studierenden eine zentrale Raumkoordination erfolge.

²⁰ Bei Bedarf bietet der Bereich Hochschuldidaktik (ZQ) hier Unterstützung an.

Den seitens der Studierenden geäußerten Wunsch, Prüfungen noch im selben Semester wiederholen zu können, erachten die Lehrenden auf Grundlage der vorhandenen Ressourcen als nicht umsetzbar, da dies insofern mit einem deutlich höheren Arbeitsaufwand verbunden wäre, als grundsätzlich zwei Klausuren erstellt und korrigiert werden müssten. Zudem könne sich eine solche Regelung insofern nachteilig auswirken, als die derzeit vorgesehene zeitliche Trennung von Klausuren- und Hausarbeitsphasen voraussichtlich aufgehoben werden müsste.

4.2.6 *Studentische Arbeitsbelastung*

Die Arbeitsbelastung beurteilen die Studierenden der Bachelorstudiengänge B.A. und B.Ed. sowie die Studierenden des M.Ed. als insgesamt angemessen.²¹ Die Studierenden der fachwissenschaftlichen Masterstudiengänge Empirische Demokratieforschung und Politische Ökonomie und Internationale Beziehungen bewerten die Anforderungen während des Semesters ebenfalls als angemessen, problematisieren jedoch, dass die in der vorlesungsfreien Zeit anzufertigenden Hausarbeiten und insbesondere die Masterarbeit viel Zeit in Anspruch nehmen. Die für das vierte Semester laut Prüfungsordnung vorgesehenen vier Monate zur Anfertigung der Masterarbeit erachten sie als zu kurz und sind der Auffassung, dass infolgedessen die Regelstudienzeit nicht realistisch einhaltbar sei.²² Ihrer Auffassung nach müsse die Masterarbeit – zumindest in der thematischen Vorbereitung – bereits im dritten Semester begonnen werden, weshalb die Studierenden vorschlagen, das laut Studienverlaufsplänen für das vierte Semester vorgesehene Masterkolloquium vorzuziehen, da dieses für die Themenfindung hilfreich sei.

Die Lehrenden sehen die bisweilen längeren Studienzeiten weniger im Workload der Masterstudiengänge begründet als vielmehr darin, dass viele Studierende ihr Studium nicht als Vollzeitstudium konzipierten, sondern nebenbei arbeiteten. Darüber hinaus hätten etliche Studierende sehr hohe Ansprüche an ihre Leistungen, insbesondere an die Masterarbeit, weshalb die Lehrenden es als ihre Aufgabe beschreiben, dafür zu sensibilisieren, dass die Masterarbeit nicht einer Promotion gleichkomme und keine „Lebensaufgabe“ sei. Den vorgegebenen Zeitraum von vier Monaten zur Anfertigung der Masterarbeit erachten sie vor diesem Hintergrund als angemessen und sehen eine etwaige Verlängerung des Bearbeitungszeitraums eher als „falsches Signal“ gegenüber den Studierenden, infolgedessen die Studierenden der Masterarbeit eine noch größere Bedeutung beimessen würden. Zudem berichten sie, dass es kaum Fälle zur Beantragung einer Verlängerung der Masterarbeit gebe.

²¹ Die durchschnittliche Fachstudiendauer liegt in den vergangenen 5 Jahren gem. hochschulstatistischen Kennzahlen im B.A. bei rund 9 Semestern, im B.Ed. bei rund 8 Semestern und im M.Ed. bei rund 6 Semestern (Quelle: Dezernat Hochschulentwicklung JGU: Datenreport im Rahmen der Studiengangentwicklung/Reakkreditierung. Tabelle 4.2. Stand: September 2022). In der landesweiten Absolvent:innenbefragung geben die befragten Lehramtsstudierenden (B.Ed. = 13; M.Ed. = 14) an, dass die Gründe für die Überschreitung der Regelstudienzeit in den wenigsten Fällen auf die Studienorganisation seitens der JGU zurückzuführen sind.

²² Die hochschulstatistischen Kennzahlen zeigen, dass in den vergangenen Jahren rund 50 % der Studierenden der beiden fachwissenschaftlichen Masterstudiengänge die Regelstudienzeit überschritten haben. Legt man die Regelstudienzeit + 2 Semester zugrunde, zeigt sich, dass es sich eher um geringfügige Überschreitungen handelt, da nur rund ein Viertel bzw. ein Fünftel der Studierenden die Regelstudienzeit mehr als zwei Semester überschreitet (vgl. JGU Berichtswesen 24.7.2023). In der landesweiten Absolvent:innenbefragung gaben alle befragten Studierenden des M.A. Empirische Demokratieforschung (n = 7) und M.A. Politische Ökonomie und Internationale Beziehungen (n = 4) an, die Regelstudienzeit überschritten zu haben.

Die Lehrenden berichten, dass institutsintern die Praxis bestehe, die Masterarbeit erst anzumelden, nachdem ein Exposé im Kolloquium vorgestellt worden sei. Die Idee, das Kolloquium vorzuziehen und sich mit der Themenfindung für die Masterarbeit entsprechend früher zu befassen, erachten sie als sinnvoll.

9. **Empfehlung:** *Mit Blick auf die studentische Arbeitsbelastung wird empfohlen, den tatsächlichen Workload für Hausarbeiten in den Masterstudiengängen Empirische Demokratieforschung und Politische Ökonomie und Internationale Beziehungen zu prüfen.*
10. **Empfehlung:** *Im Interesse einer verbesserten Studierbarkeit wird empfohlen, die diskutierte und für sinnvoll befundene Option der Verlagerung des Kolloquiums in das dritte Semester umzusetzen und in den jeweiligen Studienverlaufplänen der Masterstudiengänge Empirische Demokratieforschung und Politische Ökonomie und Internationale Beziehungen entsprechend auszuweisen (§ 12 (5) MRVO).*

4.2.7 *Fachliche und überfachliche Studienberatung sowie Informations- und Unterstützungsangebote*

Die in den Evaluationsgesprächen befragten Studierenden schätzen die sehr gute Studienorganisation sowie die Beratungsangebote am Institut für Politikwissenschaft sehr. Das Studium sei studiengangübergreifend sehr klar strukturiert und innerhalb des Instituts bestehe ein sehr guter Kommunikationsfluss, sodass ausreichend Informationen über unterschiedliche Kanäle zur Verfügung stünden und selten Fragen an das Studienbüro gerichtet werden müssten. In diesem Zusammenhang heben die befragten Studierenden auch die Angebote des Fachschaftsrats positiv hervor, dessen Mitglieder bei Fragen jeglicher Art als Ansprechpartner:innen zur Verfügung stünden.

Die Mitarbeitenden im Studienbüro bestätigen, dass sie in Relation zur Anzahl der Studierenden verhältnismäßig wenig Anfragen von Studierenden erhielten. An das Studienbüro gerichtete Fragen beträfen häufig Jogustine oder Prüfungsmodalitäten. Zudem investiere das Institut für Politikwissenschaft viel Zeit in eine ausführliche Studienberatung, wodurch etliche, andernfalls an das Studienbüro gerichtete Fragen beantwortet würden.

Insgesamt bewerten die Studierenden die Atmosphäre am Institut für Politikwissenschaft als angenehm. Unter den Studierenden herrsche ein reger Kontakt, u.a. dadurch bedingt, dass sich die Studierenden teils in Lerngruppen organisieren würden. Den Kontakt zu Lehrenden beschreiben sie als „nahbar“ und insbesondere in den Masterstudiengängen herrsche u.a. aufgrund der kleinen Kohorten eine familiäre Atmosphäre.

4.3 **Strukturebene: Rahmenbedingungen und Ressourcen**

4.3.1 *Personelle Ressourcen*

Mit Blick auf die personellen Ressourcen berichten die Lehrenden, dass sie insbesondere in den Bachelorstudiengängen eine Vielzahl an Studierenden betreuten, was mit einer insgesamt hohen Arbeitsbelastung verbunden sei.

Wie die hochschulstatistischen Kennzahlen zeigen, liegt die Gesamtauslastung der Lehrereinheit Politikwissenschaft im Studienjahr 2020/2021 bei 104 % und ist seit 2017/2018 (101 %) leicht gestiegen.²³

Für das Institut für Politikwissenschaft liegt die Betreuungsrelation in Bezug auf Studierende je wissenschaftliches Hochschulpersonal im Jahr 2021 bei rund 31,6. Im bundesweiten Vergleich liegt die Betreuungsrelation an Universitäten in Deutschland in der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften im Jahr 2021 bei 25,7 Studierende je wissenschaftliches Hochschulpersonal.²⁴

Die i.R. der studiengangbegleitenden Qualitätssicherung befragten Studierenden zeigen sich mit der Betreuungsrelation zufrieden. Die Betreuungsrelation wird über alle Studiengänge hinweg ähnlich bewertet wie im Fachbereichsmittel. Hinsichtlich der Betreuung berichten die Studierenden in den Evaluationsgesprächen, dass die Lehrenden gut erreichbar seien und bei Fragen zur Verfügung stünden. Die Betreuung durch die Lehrenden i.R. von Hausarbeiten und Abschlussarbeiten heben die befragten Studierenden durchweg positiv hervor.

4.3.2 Räumliche und sächliche Ressourcen

Die räumlichen und sächlichen Ressourcen bewerten die Studierenden in den Gesprächen als zufriedenstellend. Vereinzelt kritisieren sie jedoch, dass in den Seminarräumen in aller Regel zu wenig Steckdosen vorhanden seien und mitunter technische Probleme, wie eine instabile WLAN-Verbindung, auftreten würden.

Die Institutsbibliothek betreffend, die sich in der Bereichsbibliothek Georg Forster-Gebäude befindet, problematisieren etliche Studierende, dass diese häufig überfüllt sei und sie regen vereinzelt an, den Zugriff auf digital verfügbare Literatur auszuweiten.

11. Empfehlung: *Das ZQ empfiehlt dem Institut für Politikwissenschaft, sich mit den hierfür verantwortlich zeichnenden Akteuren der Universitätsbibliothek ins Benehmen zu setzen, um zu klären, wie mit den genannten Monita, insb. hinsichtlich der Verfügbarkeit digitaler Literatur, perspektivisch umgegangen werden soll (§12 (3) MRVO).*

4.4 Ergebnisebene: Studienerfolg und Berufsfeldbezug

4.4.1 Studienerfolg

Schaut man auf die Ergebnisse der studiengangbegleitenden Qualitätssicherung kann festgehalten werden, dass die Studierenden des B.A. den Erwerb von Fachkompetenz (methodische Kenntnisse, praktische Fähigkeit), den Erwerb von Methodenkompetenz (Informations- und Wissensmanagement), den Erwerb von Sozialkompetenz (Teamfähigkeit, kommunikative Fähigkeiten, Diskussionsfähigkeit) sowie Selbstkompetenz (Selbstdisziplin) schlechter bewerten als im Fachbereichsdurchschnitt. Die Studierenden der fachwissenschaftlichen Masterstudiengänge Empirische Demokratieforschung und Politische Ökonomie und Internationale Beziehungen beurteilen den Erwerb von Methodenkompetenz insgesamt

²³ Vgl. Dezernat Hochschulentwicklung JGU: Datenreport im Rahmen der Studiengangentwicklung/Reakkreditierung. Tabelle 5. Stand: September 2022.

²⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt (2022): Bildung und Kultur – Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen 1980-2021, S. 215.

besser als im Fachbereichsdurchschnitt; schlechter als im Fachbereichsdurchschnitt wird von den Studierenden des M.A. Empirische Demokratieforschung der Erwerb praktischer Fähigkeit und Führungsfähigkeit beurteilt. Im Lehramt heben die Studierenden des M.E. den Erwerb von Kompetenzen zum Informations- und Wissensmanagement positiv hervor. Schlechter als im Fachbereichsmittel beurteilen sie indes den Kompetenzerwerb im Bereich wissenschaftliches Schreiben, praktische Fähigkeit, Teamfähigkeit und Belastungsfähigkeit.²⁵

4.4.2 Berufsfeldbezug und Berufseinmündung

Ihre Erfolgchancen auf dem Arbeitsmarkt beurteilen sowohl die im Master Empirische Demokratieforschung als auch im Master Politische Ökonomie und Internationale Beziehungen i.R. der Evaluationsgespräche befragten Studierenden als sehr hoch. Als Absolvent:in einer dieser Studiengänge bestehe Gewissheit, zeitnah nach Beendigung des Studiums eine Anstellung zu finden. Mit Blick auf die Berufsperspektiven und die eigene Profilbildung heben sie insbesondere die Möglichkeit, im Rahmen des Studiums interessengeleitet Schwerpunkte setzen und Themen wählen zu können positiv hervor. Auf diese Weise öffne sich ein breites Spektrum an möglichen Einsatzbereichen auf dem Arbeitsmarkt. Die im Master Empirische Demokratieforschung erworbenen spezifischen Qualifikationen im Bereich der empirischen Forschungsmethoden würden von Arbeitgeber:innen sehr geschätzt.

Von den i.R. der Absolvent:innenbefragung befragten Bachelorabsolvent:innen hat mehr als die Hälfte (60 %) im Anschluss ein Masterstudium oder einen anderen Aufbaustudiengang aufgenommen. Rund 23 % haben im Anschluss an das Bachelorstudium eine berufliche Tätigkeit aufgenommen bzw. planen, dies zu tun.

Die befragten Absolvent:innen des B.Ed. Sozialkunde haben mehrheitlich ein lehramtsbezogenes Masterstudium aufgenommen. Die befragten M.Ed.-Absolvent:innen sind nahezu alle in den Vorbereitungsdienst übergegangen.

5 Curricularwertberechnung

Da dem ZQ derzeit keine abschließende Kapazitätsrechnung vorliegt, erfolgt die Reakkreditierung vorbehaltlich der Stellungnahme der Abteilung HE1 - EP2 zur kapazitären Abwägung, die nachgereicht wird.

6 Akkreditierungsentscheidung

Das Zentrum für Qualitätssicherung und -entwicklung (ZQ) sieht die Qualitätskriterien für die Studiengänge **Politikwissenschaft B.A. (Kern-/Beifach)**, **Empirische Demokratieforschung M.A.**, **Politische Ökonomie und Internationale Beziehungen M.A.** sowie der Lehramtsstudiengänge **Sozialkunde B.Ed./M.Ed.** im Rahmen der internen Akkreditierung von Studiengängen an der JGU vorbehaltlich der Umsetzung der formulierten Auflagen (Punkte 1, 4, 5, 6, 7) als erfüllt an.

²⁵ Vgl. ZQ Befragungsergebnisse. Übersicht zentraler Ergebnisse. Stand: Juli 2022.

Zur Erfüllung der Auflagen, für die eine **Frist bis zum 01.12.2024** vorgesehen ist (§27 (1) MRVO), wird um eine Darstellung der vorgenommenen Änderungen in Form einer Erwiderung auf die Stellungnahme des ZQ gebeten sowie um die Einreichung der entsprechend überarbeiteten Studiengangdokumente.

Gebeten wird zudem, in der Erwiderung darzustellen, inwieweit die Empfehlungen (Punkte 2, 3, 8, 9, 10, 11) im Rahmen der Weiterentwicklung der Studiengänge Berücksichtigung finden.

Nachfolgende Unterlagen sind in überarbeiteter Form einzureichen:

- Modulhandbücher,
- exemplarische Studienverlaufspläne,
- Diploma Supplements,
- soweit vorliegend: fachspezifische Prüfungsordnungen,
- soweit vorliegend: Zusicherung des Fachbereichs bzgl. der Sicherstellung der zur Weiterführung der Studiengänge benötigten Ressourcen,
- soweit vorliegend: ggf. modifizierte Kooperationsverträge für fachbereichsexterne Studienangebote, die fester Bestandteil des Curriculums sind und/oder mit anderen (außer)universitären Kooperationspartner:innen.

Das Dezernat Hochschulentwicklung mit der Abteilung HE1 – Entwicklung und Planung und hier insbesondere die Referate EP1 – Studiengangentwicklung und Prüfungsrecht – und EP 3 – Prozesskoordination und Studienstrukturentwicklung, das Zentrum für Lehrerbildung (ZfL) sowie der Bereich Hochschuldidaktik (ZQ) stehen themen- und anlassbezogen zur Beratung und Unterstützung bei der Weiterentwicklung der Studiengänge zur Verfügung.

Überdies ist die Fachabteilung HE1 – EP1 sowie das ZfL rechtzeitig im Kontext der Überarbeitung relevanter Studiengangunterlagen einzubeziehen, um bestehende Vorgaben, Optionen und Fragen – bspw. in Bezug auf prüfungsrechtliche Aspekte und/oder curriculare Standards – abzustimmen.